

Antrag Nr. 15-F-33-0021

CDU und SPD

Betreff:

Rundfunkgebühren

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 10.03.2015-

Antragstext:

Im März 2014 hat der Magistrat berichtet, dass der Wiesbadener Haushalt durch die Einführung neuer Rundfunkbeiträge jährlich mit etwa 10.000 Euro zusätzlich belastet werden wird (14-F-33-0015).

Nun ist der Presse zu entnehmen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bis zum Jahr 2016 mit Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro rechnen können. Dies wären fast 380 Millionen Euro mehr also bislang prognostiziert. Die damit verbundene Absenkung der Rundfunkbeiträge falle - ebenfalls laut Zeitungsberichten - jedoch geringer aus als möglich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- a) zu berichten welche Auswirkungen die Absenkung des Rundfunkbeitrages von monatlich 17,98 Euro auf 17,50 Euro auf den städtischen Haushalt hat;
- b) zu berichten wie groß die Entlastung des städtischen Haushaltes wäre, wenn der Rundfunkbeitrag - wie von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs empfohlen - um 73 Cent gesenkt worden wäre.

Wiesbaden, 11.03.2015